



+++NEWSTICKER+++

Der Dissidenten-Antrag zur Einführung einer **Transparenzsetzung** für Dresden **scheiterte** im Verwaltungsausschuss, weil sowohl die rechten Fraktionen ihn ablehnten, also auch GRÜNE, LINKE und SPD ihre Zustimmung verweigerten.

+++++

Erfolg der DISSIDENTEN-Fraktion beim **Sozialen Wohnungsbau**: Wie auf Intervention von Stadtrat Schmelich die Verwaltung mitteilte, werden künftig auch Bauvorhaben auf Grundstücken gefördert, die sich nicht im Eigentum des Bauenden befinden, sondern im Erbbaurecht bebaut werden. Ergo: **Miethaus-syndikate** können Grund erpachten.

+++++

Neues vom **Klimanotstand!** Obwohl bereits im Januar 2020 beschlossen, hat die Stadt immernoch keinen Plan, berichtet Stadtrat Schulte-Wissermann. Aber wozu die Eile?

+++++

Cossebaude: Der Ortschaftsrat beschließt nur noch Anträge zu behandeln die „Duden konform“ sind. Das soll **gendergerechte Sprache** unterbinden. Hoffentlich werden dann auch Tippfehler als Ablehnungsgrund gewertet.

+++++

Dissidenten Erfolg! Der Antrag auf „**Oben-Ohne-Baden erlauben**“ wurde noch nicht einmal im Stadtrat behandelt, da ändert der Bäderbetrieb schon seine Regeln.

+++++

Die BRN findet statt! Dissidenten-Stadtrat Aschenbach und PARTEI-Bezirksbeirätin Brock haben ein **Konzept für die Bunte Republik Neustadt** vorgelegt: „Alles musst DU selber machen“ lautet die Devise.

[Link zum Konzept
diss.news/BRN23](https://diss.news/BRN23)



POPULISMUS AUS DEM CONTAINER

Hilbert zwingt Stadtrat zu einer unvernünftigen Entscheidung

Kein Wunder, vor allem nicht in Dresden: Die Wellen schlagen wieder einmal hoch, wenn es um die Unterbringung geflüchteter Menschen geht. Nicht eine menschenwürdige Unterbringung steht im Mittelpunkt der Diskussion sondern die Verbreitung diffuser Ängste und Ressentiments gegen (vermeintlich) Fremde.

Von AfD und Freien Wählern ist man nichts anderes gewohnt, doch in der aktuellen Debatte um die von der Verwaltung vorgeschlagenen neun Containerstandorte stimmt auch die CDU in den rassistisch gestimmten Chor ein. Mit einem Antrag fordert sie gar, den Beschluss des Stadtrates, Dresden möge für Menschen aus Kriegsgebieten ein „Sicherer Hafen“ sein, wieder aufzuheben. In den Ausschussberatungen stimmte die CDU abwechselnd gegen die Vorschläge der Verwaltung oder enthielt sich. Auch in den Stadtbezirksbeiräten glänzte die Union mit Destruktivität.

Fraglos gäbe es an der Vorlage der Verwaltung einiges zu kritisieren. Es mangelt der Standortauswahl zweifelsohne an sozialräumlicher Sensibilität. Stadtteile mit ohnehin schon hohem Migrationsanteil wie z.B. Gorbitz werden stärker belastet als solche, die auch bisher als Heimstätte für geflüchtete Menschen „verschont“ blieben. Die Verwaltung muss sich fragen lassen: Warum wird es keine Flüchtlingsunterkunft in Loschwitz geben?

Auch wenn mit einem Ergänzungsantrag des OB Hilbert einige der ursprünglich vorgeschlagenen Standorte wegfallen sollen – die Unausgewogenheit bleibt. Der Schachzug des Oberbürgermeisters, die Verantwortung für die Ergänzung nunmehr fehlender Plätze den Ortschaften zuzuschustern, mag in der Sache richtig sein. Jedoch dürfte dieses Taktieren aber am Ende dazu führen, dass keine weiteren Plätze angeboten werden. Der als Grund angeführte Umstand, dass man nur solche Orte auswählen konnte, die sich im Eigentum der Landeshauptstadt befinden und die problemlos für eine kurzfristige Containersiedlung geeignet sind, ist wenig überzeugend. Positiv an den geänderten Vorschlägen des OB ist anzumerken, dass er nun auch der Nutzung von Bestandsimmobilien der Stadt und den Fokus auf den Neubau von zusätzlichen Wohnung setzt.

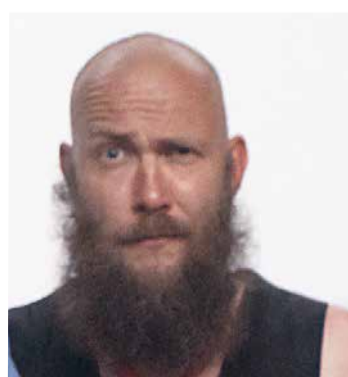
Vor allem aber sind die enormen Kosten, die mit einer angeblich auf zwei Jahre befristete Schaffung von Übergangswohnheimen verbunden sind, zu kritisieren: die veranschlagten 47 Millionen Euro für ca. 800 Plätze bedeuten eine Quadratmeter-Miete von 58 Euro pro Monat. Zu einem solchen Preis ließen sich Wohnungen in den teuersten Wohnlagen anmieten. Trotz der teilweise von Bund und Land übernommenen Kosten bliebe Dresden, so die Vorlage des Oberbürgermeisters, auf mindestens 10 Millionen Euro sitzen.

Allein die Nettomiete der Container beträgt für zwei Jahre ca. 15 Mio. Euro. Ein Kauf wäre sicher erwägenswert. Außerdem suggeriert die Befristung auf zwei Jahre, die Herausforderungen zur Aufnahme von geflüchteten Menschen werde abebben. Das entbehrt jeglichem Realitätssinn. Es wäre deshalb notwendig gewesen, Alternativen zu der Anmietung von Container in Augenschein zu nehmen. Modulare Fertigbauten, die später auch als dauerhafte Wohnungen nutzbar wären, wären eine denkbare Alternative gewesen.

Bereits 2015 hatte die Verwaltung dem Stadtrat einen Vorschlag zur Anmietung von Containern unterbreitet, der als „alternativlos“ bezeichnet wurde. Damals hatte sich der Stadtrat diesem Vorschlag zu einem guten Teil widersetzt. Die Folge: Die Stadtkasse wurde um Ausgaben von ca. 30 Millionen Euro verschont. Und das ohne auch nur einen Geflüchteten nicht unterbracht zu haben.

Die Versäumnisse der Stadtverwaltung lassen im Wortsinne Guten Rat des Stadtrates teuer ausfallen. Auch die Dissidenten-Fraktion wird sich am Ende zähneknirschend einer Zustimmung zu der schlechten Vorlagen nicht entziehen können.

[Link zum Positionspapier
der DISSIDENTEN
diss.news/container](https://diss.news/container)



Dresden wird wieder Unsicherer Hafen

Ein Kommentar von Max Aschenbach

Soso, die CDU hat im Stadtrat den Antrag gestellt, den Beschluss „Dresden soll sicherer Hafen werden!“ aufzuheben. Erst vor 14 Monaten mühsam mit knapper Mehrheit im zweiten Anlauf beschlossen – gegen Stimmen der FDP, Freien Wähler (Rechts), AfDer und CDU – soll die symbolische Erklärung zu Humanität und Menschenrecht und auch ein paar Flüchtlinge mehr in Dresden willkommen zu heißen als in Bautzen, Freital oder Heidenau wieder abgeschafft werden. Als „Das Boot ist voll!“ könnte man die Begründung der „Christ“-„Demokraten“ zusammenfassen. Ich glaube, ich stimme zu den „Sicheren Hafen“ aufzuheben.

Nicht wegen der tagtäglichen Übergriffe und Ressentiments, die sind hier halt normal und die hetzende Meute gehört ebenso zu Sachsen, wie mindestens 25% Rechte in den Parlamenten. Kein Wunder, bei einer CDU, die von der AfD oft nur schwer zu unterscheiden ist; sich gegen „Gendergaga“, Klimamaßnahmen und „Grüne Ideologie“ stark macht; eine CDU die rechte und rassistische Positionen legitimiert, indem sie den Nazis nach dem Mund redet, um vielleicht ein paar Stimmen von der AfD zurück zu stibitzen. Während das Privathaus von OB Hilbert belagert wird und man nur darauf wartet, wann die nächste Unterkunft brennt. Ich stimme dem Antrag der CDU zu, weil ich es super fände, wenn sich Dresden als weltweit erste Stadt zum „Unsicheren Hafen“ erklärt und damit ein weiteres Mal ihren Ruf als Stadt mit Nazinotstand bekräftigt. Und diesmal ist die braune CDU Dresden selbst schuld. Haha!

NACHSCHLAG

DER DISSIDENTEN-PODCAST

Überall, wo es Podcasts gibt!

diss.news/podcast

LEBEN UND ERINNERN

Diskussion zur Begegnungsstätte und dem Museum für jüdisches Leben

Eine Vorlage, die aus zwei Komplexen besteht, die, weil es halt bei beiden um Jüd*innen geht, soll gemeinsam behandelt werden. Leider, muss ich nach den Ausschussberatungen sagen, da es weite Teile des Stadtrats überfordert, die zwei Komplexe auseinanderzuhalten.

Deswegen in aller Kürze: Hinter der Idee, ein Museum für jüdisches Leben zu gründen, steht der Gedanke, die jüdisch Lebenden nicht ausschließlich zu Opfern des Holocaust zu reduzieren, sondern ihre Bedeutung und Rolle als Teil der deutschen Gesellschaft, bevor diese sie ermordete, herauszustellen.

Gut und sehr wichtig, doch ohne finanzielle Mittel von Außen für die Stadt nicht zu leisten. Zudem haben Land und Bund dem Vorhaben eine Absage erteilt. Die Stadtverwaltung ist dennoch ihrer Aufgabe nachgekommen und hat mögliche Standorte gesucht. Alle Beteiligten wissen, dass es dieses Museum in absehbarer Zeit nicht geben wird. Da die Idee jedoch nach wie vor sehr begrüßenswert ist, kann und sollte man sie durchaus weiterverfolgen. Jedwede Vorfestlegung halte ich jedoch für falsch: Wenn man schon ein Luftschloss baut, dann doch nicht das Kleinstmögliche.

Der 2. Komplex der Vorlage ist die Errichtung eines Erinnerungsortes zum Gedenken an die Shoah mit Vermittlungs- und Begegnungsstätte am Alten Leipziger

Bahnhof. Von diesem Ort führen Deportationszüge nach Auschwitz. Dass er noch erhalten und ungenutzt ist ermöglicht mit mehr als einer Texttafel daran zu erinnern. In Dresden, wo man sich noch immer gerne selbst zum Opfer mythologisiert, ist eine Sichtbarmachung der eigenen Tütertatsachen, geradezu zwingend. Neben dem Gedenken soll der Alte Leipziger Bahnhof auch eine Begegnungsstätte für und mit jüdischem Leben sein, so der Wunsch. Ein Spagat, dessen sich alle, besonders die beteiligten Vertreter der jüdischen Gemeinden und Gruppen, bewusst sind. Wie dieser aussieht, ist noch weitgehend unklar. Verschiedenste Möglichkeiten stehen dafür im Raum, diverse Konzeptideen wabern durch die Gespräche. Was in dieser Vorlage skizziert wird, ist das Ergebnis von Diskussionen, an denen alle jüdischen Gemeinden beteiligt waren und das diese befürworten. Heute geht es nicht darum, zu beschließen was genau umgesetzt wird, sondern überhaupt erstmal eine Konzeptausschreibung zu beauftragen. Über diese wird der Kulturausschuss dann beraten und schließlich irgendwann, wird der Stadtrat über das Ergebnis der Ausschreibung abstimmen.

Nunja, nach den erschütternd überforderten Beratungen im Kulturausschuss, bei denen man nicht einen Moment lang den Eindruck gewinnen konnte, die Anwesenden wüssten, worüber sie sprechen, nicht verwunderlich. Der wirre und nun zurückgezogene Änderungsantrag von Linken und Grünen - Danke dafür - zeugt davon. Von „großen politischen Linien“ hat Holger Hase gesprochen, das wäre die Aufgabe des politischen Raums, nicht der Verwaltung. Das Thema verdient und erfordert eine differenzierte und tiefgehende Diskussion. Besonders zu einer Zeit, in der rassistisches, faschistisches und auch antisemitisches Gedankengut wieder auf dem Vormarsch ist. Gerade in Sachsen und Dresden. Hier im Stadtrat.

Umso wichtiger, dass die Shoa Gedenk-, Vermittlungs- und Begegnungsstätte am Alten Leipziger Bahnhof kommt.

Max Aschenbach

DISSIDENZ? Gibt's auch im Abo!



Kostenlos.

Und am besten alle bisher erschienenen Ausgaben gleich mitbestellen!

diss.news/abo

IMPRESSUM

Herausgeberin: Dissidenten Fraktion im Stadtrat Dresden

Kontakt: Rathaus, Raum 1/052
Dr.-Külz-Ring 19
01067 Dresden
Telefon: 0351 4881131
dissidenten-fraktion@dresden.de

Redaktion: Tom Rodig (V.i.S.d.P.), Michael Schmelich, Max Aschenbach

Gestaltung: Agentur Grafikladen, Dresden

Produktion: Rathausdruckerei, 1000 Stück

Im Internet: www.dissidenten-fraktion.de

Bildnachweise: S. 1: Max Aschenbach,
S. 3: DISSIDENTEN Fraktion



DRESDNER GELD FÜR RUSSISCHES GELAGE

„Dresden antwortet nicht.“ So heißt es in einer Recherche von CORRECTIV über die Frage, inwieweit die Landeshauptstadt beim Sponsoring der 8. Deutsch-Russischen Young Leaders Konferenz beteiligt war. Bei diesen Konferenzen handelte es sich im wahrsten Sinne um propagandistische Saufgelage, bei denen Lobbyismus für russisches Gas und das russische Image nach der Krimbesetzung auf ganz hoher Ebene betrieben wurde. Beteiligt waren bspw. Gazprom und McKinsey, Porsche oder Metro. Ziel der Veranstaltung, bei denen unter anderen Olaf Scholz als Redner auftrat und Lars Klingbeil (SPD) aber auch die Patentante von Putins Tochter zum Kuratorium gehörten, war es, junge Menschen für Stellen in der deutsch-russischen Wirtschaft zu gewinnen. Vor allem das Gasgeschäft wurde besonders ins Auge genommen.

Nun hat Stadtrat Lichdi bei OB Hilbert nachgefragt, und tatsächlich: Die Stadt bezuschusste das Event mit 10.000 Euro, u.a. für Catering und Betriebskosten des edlen Schloss Albrechtsberg. Zudem waren Bedienstete der Stadt Dresden bei der Organisation des Empfangs auf dem Schloss beteiligt. Na Sdorówje!

Link zur Anfrage
diss.news/gelage



GETÜMMEL AUF DEM TUMMELSBACH

Wer Brücken baut, wird Autoverkehr ernten! Nachdem der Bund bereits 2008 die Niederwarthaer Brücke zwischen Radebeul und Cossebaude gebaut hatte, soll jetzt eine neue B 6 aus Cossebaude südlich der Bahnlinie gebaut werden. Die Cossebauder freuen sich über weniger Verkehr auf der Dresdner Straße und wir auf ein gigantisches Bauwerk für mindestens 100 Mio. Euro.

Der Stadtrat hat nun den OB beauftragt, die Interessen der Stadt gegenüber dem Bund wahrzunehmen. Erfreulicherweise übernahm er auch die Forderung des Kleingartenbeirats, die Anlage „Am Tummelsbach“ möglichst zu erhalten. Denn die Vorplanung möchte den Damm, auf (!) dem der Tummelsbach verläuft, so verbreitern, dass die Kleingärten wegfallen müsste. Allerdings ist weder eine Verlegung noch ein naturnaher Ausbau des Bachs geprüft worden. Dies soll nun nachgeholt werden.

Bleibt zu hoffen, dass die Stadt gegenüber dem Land eine bessere Planung durchsetzt! Zuständig: Umweltbürgermeisterin Jähnigen.

Gewässersteckbrief
Tummelsbach
diss.news/tummelsbach



KNÜPPEL IN DEN SACK

Zur Durchsetzung des Gewaltmonopols darf die Polizei Gewalt anwenden. Auch darf sie sich praktischen Hilfsmitteln wie Reizgas, Hunden und Multifunktions-Rettungsstäben (zu deutsch: Schlagstöcken) bedienen. Geht es nach dem Willen der Stadt, sollen diese auch die Bediensteten der „Besonderen Einsatzgruppe“ (BEG) weiterhin benutzen dürfen – auch wenn sie gar nicht die Polizei sind, sondern lediglich vom Ordnungsamt.

Geht es nach dem Antrag von Max Aschenbach (Die PARTEI) dann bleiben diese Gewaltgeräte in Zukunft nur der Polizei vorbehalten. Er fordert nämlich „Ordnungsamt entwaffnen!“ und damit die Demilitarisierung des Ordnungsamtes, das seit 2000 die BEG unterhält und seither mit immer weitreichenderen Gewaltmitteln ausstattete, zuletzt: Diensthunden. Wenn es nach Aschenbach geht, soll in naher Zukunft die Garde der „Knüppeljungens“ abgeschafft und im normalen Stadtdienst „resozialisiert“ werden.

Denn eine weitere Militarisierung der Ordnungshütenden vor Ort halten die DISSIDENTEN schlichtweg für unverantwortlichen Populismus.

Link zum Antrag:
diss.news/entwaffnung



WAS TUN EIGENTLICH AUFSICHTSRÄTE?

Vertretung in den städtischen Unternehmen

Der Aufsichtsrat hat die Aufgabe, die Führung eines Unternehmens „zu beraten, insbesondere aber zu überwachen und zu kontrollieren.“ So verrät es uns zumindest Prof. Dr. Wikipedia. Doch warum haben wir so viele davon?

Die Stadt Dresden hat für die Erledigung unterschiedlichster Aufgaben Unternehmen gegründet. Sie gehören der Stadt, agieren aber eigenständig. Um die Arbeit der Geschäftsführung oder des Vorstandes zu kontrollieren und bei Bedarf Einfluss zu nehmen, werden, je nach Größe und Wichtigkeit des Unternehmens, Aufsichtsräte gebildet. Sie bestehen aus den Vertretungen der Anteilseigner*innen bzw. Gesellschafter*innen und bei großen Unternehmen zusätzlich aus Vertretungen der Arbeitnehmenden. Die Aufsichtsrät*innen der Landeshauptstadt werden in der Regel durch die Fraktionen benannt oder vom Stadtrat gewählt.

Aufsichtsräte, in denen DISSIDENTEN vertreten sind:



Max Aschenbach



Andreas Schwock



Martin Schulte-Wissermann



Michael Schmelich



Johannes Lichdi